

Rußlands Kampf gegen die deutsche Industrie.

⚡ Berlin, 30. Juni. (Telegr.) Nowoje Wremja vom 21. Juni teilt folgendes mit: Der Ministerrat prüfte das Gutachten der beim Handelsministerium einberufenen interressortlichen Versammlung zur Untersuchung der in Rußland bestehenden deutschen und österreichischen Handels- und Industrieunternehmungen. Der Ministerrat beschloß, drei Kategorien zu bilden: 1. solche, die vollkommen liquidiert werden müssen; 2. solche, die in staatliche Verwaltung übergehen; 3. solche, die nach ihrem Charakter und ihrer Tätigkeit keine besondern Maßnahmen erfordern. Nach diesen Normen würde dann jedes einzelne Unternehmen geprüft. Sehr eingehend wurde das Schicksal der 1886er Beleuchtungs-gesellschaft (Gründung der A. E. G., finanziert zum größten Teil durch die Deutsche Bank) besprochen. Der Ministerrat sprach sich dahin aus (trotz des vor kurzem erfolgten Nachweises, daß über 60 Prozent des Kapitals in Händen von Schweizern ist), daß die 1886er Gesellschaft mit deutschem Geld arbeitet und daher umgehend in staatliche Verwaltung zu nehmen sei. Die Leitung der weiteren Tätigkeit der Gesellschaft wird einem neuen, von der Regierung ernannten Direktorium übertragen werden. Im gleichen Sinne wurde über das Weiterbestehen des Moskauer Werkes Elektropredalscha entschieden. (Letzteres ist eine elektrische Kraftzentrale bei Bogorodsk, die ein großes Torfmoor erworben hat und es zur Herstellung von Elektrizität zur Versorgung des Moskauer Industriegebiets ausbeuten will. Es ist eine Tochter-

gesellschaft der 1886er. Mit dem Bau des Werkes ist vor zwei Jahren begonnen worden; es ist zum Teil in Betrieb.) Die grundsätzliche gesetzliche Regelung des Verfahrens gegen die deutsche Industrie soll als Notverordnung ergehen.